Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2024/2081(INI)

7.11.2024

ÄNDERUNGSANTRÄGE 578 - 687

Entwurf eines Berichts
Isabel Wiseler-Lima
(PE763.138v01-00)

Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2024
(2024/2081(INI))

Änderungsantrag 578
Antonio López-Istúriz White, Andrey Kovatchev, Lukas Mandl, Davor Ivo Stier, Nicolás Pascual De La Parte

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***betont, dass die Ausübung der Freiheit, die eigene Religion zu wählen, zu glauben oder nicht zu glauben, ein grundlegendes Menschenrecht ist, das nicht mit dem Tod oder einer erniedrigenden Behandlung bestraft werden darf; verurteilt daher das Vorhandensein und die Anwendung so genannter Gesetze über den Abfall vom Glauben, nach denen die bewusste Entscheidung für eine Religion, einen Glauben oder die Abkehr vom Glauben unter Strafe gestellt und bestraft wird;*** empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen

der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 579
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***missbilligt die Verfolgung von Christen weltweit und die Missachtung ihres Grundrechts, sich frei zur christlichen Religion zu bekennen; fordert, dass die freie Ausübung der christlichen Religion in allen Ländern sichergestellt wird, insbesondere in den Ländern, in denen Christen verfolgt werden;*** empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU

Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 580
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken,	34. ***weist erneut darauf hin, dass ein Sonderbeauftragter für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ernannt werden muss; betont, dass christliche Gemeinschaften, die die am meisten verfolgten Gemeinschaften weltweit sind, geschützt werden müssen;*** bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für

diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 581
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre

Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten; ***fordert eine entschlossene Reaktion auf die alarmierenden Zahlen, wonach mehr als 365 Millionen Christen wegen ihres Glaubens einem hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind und im vergangenen Jahr 4998 Christen wegen ihres Glaubens getötet wurden;***

Or. pl

Änderungsantrag 582
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern***; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-***	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-,Religions- und Weltanschauungsfreiheit***, einschließlich des Rechts, theistische, nicht theistische, agnostische oder atheistische Ansichten zu vertreten, sowie des Rechts auf Apostasie***; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken,

Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 583
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***stellt fest, dass der Atheismus und der Anteil der Bevölkerung, der nicht religiös ist, weltweit rasch zunehmen und im politischen Rahmen der EU für die Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit nicht vernachlässigt werden sollten;*** empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt

und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 584
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***empfiehlt***, dass ***dem*** Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er ***sein Mandat ungehindert ausüben*** kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***fordert***, dass ***das Mandat des*** Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ***verlängert und der Sonderbeauftragte unverzüglich ernannt wird; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten*** mehr ***personelle, materielle und finanzielle*** Mittel zur Verfügung gestellt werden,

Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	damit er ***seinen Auftrag und seine Aufgaben ordnungsgemäß und wirksam wahrnehmen*** kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 585
Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf

dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 586
Nathalie Loiseau

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU

und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten; ***fordert die EU auf, Berichte der EU-Delegationen über den Stand der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzuholen und zusammenzuführen;***

Or. en

Änderungsantrag 587
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; ***ist besorgt darüber, dass der Sonderbeauftragte in den Mandatsschreiben der neuen EU-Kommissare nicht erwähnt wird;*** betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-

und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten ***können*** muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. sv

Änderungsantrag 588
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***empfiehlt***, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ***ungehindert*** ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***betont***, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden ***müssen***, damit er sein Mandat ***wirksam*** ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre

Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten; ***stellt fest, dass die Lösung von Problemen im Bereich der Religions- und Weltanschauungsfreiheit entscheidend für die Bekämpfung der Ursachen von Migration ist;***

Or. en

Änderungsantrag 589
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre

Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen ***und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten***;	Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen;

Or. de

Änderungsantrag 590
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***empfiehlt***, dass ***dem Sonderbeauftragten*** für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ***mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann***; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken,	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***vertritt die Auffassung***, dass ***der Sonderbeauftragte*** für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ***in ähnlicher Weise wie die anderen Sonderbeauftragten und EU-Sonderbeauftragten in den EAD integriert werden muss***; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und

diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 591
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften***, insbesondere von Christen,*** in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den

einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 592
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ***mehr*** Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ***ausreichende*** Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. fi

Änderungsantrag 593
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 34 – Nummer 1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1. verurteilt aufs Schärfste die Verfolgung von Christen auf der ganzen Welt, wobei nach Angaben von Open Doors mehr als 360 Millionen Christen Verfolgung, Belästigung oder Diskriminierung ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass das Christentum die am stärksten verfolgte Religion der Welt ist, wobei auf Nigeria 90 % der christlichen Märtyrertode weltweit entfallen;

Or. en

Änderungsantrag 594
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 34 – Nummer 2 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2. fordert die Mitgliedstaaten der EU auf, alle derartigen Handlungen zu verurteilen und das christliche Erbe zu verteidigen und zu schützen; verurteilt jegliche Angriffe auf heilige und religiöse Stätten, die zudem Menschenrechtsverletzungen darstellen; betont, dass die Mitgliedstaaten bei der Verurteilung und Bekämpfung dieser Angriffe auf Gemeinschaften, die ihr christliches Erbe teilen, gefordert sind;

Or. en

Änderungsantrag 595
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 34 – Nummer 3 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3. verurteilt die weltweite Zunahme des Antisemitismus aufs Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 596
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 34 – Nummer 4 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4. bedauert zutiefst, dass die EU jedes Jahr Millionen von Euro aus ihrem Haushalt für Zusammenarbeit und internationale Hilfe für Organisationen bereitstellt, die direkt in terroristische Aktivitäten verstrickt sind, wie etwa das UNRWA;

Or. en

Änderungsantrag 597
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 34 – Nummer 5 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5. fordert die Kommission auf, jegliche Finanzierung des Islamismus und von Organisationen mit Verbindungen zum Islamismus sowie Kampagnen, mit denen der Hidschab

verherrlicht und legitimiert wird, einzustellen; verurteilt mit aller Schärfe, dass in einigen Ländern wie Iran oder Pakistan Blasphemiegesetze gelten, die religiöse Minderheiten wie Christen daran hindern, sich frei zu äußern oder religiösen Aktivitäten nachzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 598
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 34 – Nummer 6 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6. verurteilt aufs Schärfste alle Fälle von Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen sowie Ehrenmorde, Kinder- und Zwangsehen, die alle in islamischen Gemeinschaften besonders stark verbreitet sind;

Or. en

Änderungsantrag 599
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. verurteilt die Eskalation von Zwang, Diskriminierung, Belästigung und Gewalt, die sich gegen Angehörige von Minderheiten in den Bereichen der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie gegen deren Eigentum und Gebetsstätten richtet; verurteilt die Berufung auf Blasphemie und Abfall vom Glauben sowie andere religiös begründete

Anschuldigungen, einschließlich der Möglichkeit der Todesstrafe für die Verurteilten, in Bezug auf religiöse Minderheiten und legitime Menschenrechtsaktivitäten, auch im Internet und in den sozialen Medien; verurteilt aufs Schärfste die Diskriminierung bzw. Verfolgung von kulturellen und religiösen Minderheiten, einschließlich von Christen, auf der ganzen Welt;

Or. en

Änderungsantrag 600
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. nimmt mit tiefer Besorgnis zur Kenntnis, dass nicht religiöse sowie säkulare und humanistische Organisationen in mehreren Ländern zunehmend verfolgt werden und sich beispiellosen Wellen der Aufhetzung, des Hasses und des Mordes ausgesetzt sehen; verurteilt die Angriffe gegen zahllose Einzelpersonen und Organisationen der Zivilgesellschaft wegen eines friedlichen Infragestellens, Kritisierens oder satirischen Darstellens religiöser Weltanschauungen und dass diese fortdauernde Verletzung ihrer Gedankenfreiheit und freien Meinungsäußerung über geographische und kulturelle Grenzen hinweg auftritt;

Or. en

Änderungsantrag 601
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. stellt mit Besorgnis fest, dass es Blasphemiegesetze gibt, die schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, nach sich ziehen können; stellt fest, dass derartige Gesetze häufig missbräuchlich verwendet werden und somit zu falschen Anschuldigungen und Fehlauslegungen führen; fordert die Abschaffung oder zumindest die Überarbeitung von Blasphemiegesetzen, um das Beweismaß zu erhöhen und sicherzustellen, dass die Personen, die falsche Anschuldigungen erheben, zur Verantwortung gezogen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 602
Antonio López-Istúriz White, Nicolás Pascual De La Parte, Andrey Kovatchev, Lukas Mandl, Davor Ivo Stier

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. stellt mit Besorgnis fest, dass es Blasphemiegesetze gibt, die schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, nach sich ziehen können; stellt fest, dass derartige Gesetze häufig missbräuchlich verwendet werden und somit zu falschen Anschuldigungen und Fehlauslegungen führen; fordert die Abschaffung oder zumindest die Überarbeitung von Blasphemiegesetzen, um das Beweismaß zu erhöhen und sicherzustellen, dass die Personen, die falsche Anschuldigungen erheben, zur Verantwortung gezogen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 603
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. stellt mit Besorgnis fest, dass Christen nach wie vor die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft der Welt sind, wobei diese Verfolgung in erster Linie von Islamisten ausgeht; verurteilt aufs Schärfste jegliche Angriffe auf christliche Gemeinschaften weltweit; weist darauf hin, dass die EU ein christliches Erbe hat und daher verpflichtet ist, diesen Angriffen entgegenzutreten;

Or. en

Änderungsantrag 604
Nathalie Loiseau

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. verurteilt die weltweite Tendenz zur Zunahme des Antisemitismus, auch innerhalb der EU; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, aktiv mit den einschlägigen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten und darauf zu bestehen, dass sich die Vereinten Nationen uneingeschränkt an der weltweiten Bekämpfung von Antisemitismus beteiligen;

Or. en

Änderungsantrag 605
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. betont, dass das Christentum die am meisten verfolgte Religion der Welt ist; unterstreicht, dass mehr als 365 Millionen Christen in Ländern leben, in denen Angehörige ihrer Religion erheblicher Verfolgung ausgesetzt sind; verurteilt die Verfolgung von Christen aufs Schärfste;

Or. fi

Änderungsantrag 606
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. in der Erwägung, dass nach Angaben von Open Doors mehr als 360 Millionen Christen Verfolgung, Belästigung oder Diskriminierung ausgesetzt sind;

Or. en

Änderungsantrag 607
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	34a. betont, dass Christen, die 80 % der weltweit verfolgten Gläubigen ausmachen, die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft der Welt sind; hält es für geboten, besondere Aufmerksamkeit unter anderem auf die Lage der verfolgten Christen weltweit zu richten, die unter den Religionsgemeinschaften, die mit Diskriminierung, Gewalt und Tötungen konfrontiert sind, die weitaus größte Gruppe bilden;

Or. en

Änderungsantrag 608
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. weist auf die Dringlichkeitsentschließung des Europäischen Parlaments vom 20. April 2023 zu der drohenden Todesstrafe und Hinrichtung des Sängers Yahaya Sharif-Aminu wegen Blasphemie in Nigeria hin; betont in Anbetracht der anhaltenden Inhaftierung und der drohenden Todesstrafe für Yahaya Sharif-Aminu, dass die Blasphemiegesetze in Nigeria und Südostasien abgeschafft werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 609
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. weist darauf hin, dass die meisten Ursachen für gewaltsame Konflikte in der Welt auf Beschwerden von Minderheiten über Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichheit in Verbindung mit Verletzungen der Menschenrechte von Minderheiten zurückzuführen sind, wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Minderheitenfragen festgestellt hat; betont, dass der Minderheitenschutz und die Entwicklung von Schutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen verankert werden muss; weist darauf hin, dass die Staaten dazu verpflichtet sind, die Rechte ihrer nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zu schützen; fordert die Kommission auf, den Schutz der Rechte von Minderheiten weltweit zu fördern, auch als Priorität im Rahmen des thematischen Programms „Europa in der Welt – Menschenrechte und Demokratie“ des globalen Instruments der EU;

Or. en

Änderungsantrag 610
Antonio López-Istúriz White, Nicolás Pascual De La Parte, Andrey Kovatchev, Lukas Mandl, Davor Ivo Stier

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. stellt fest, dass es wichtig ist, die politische Vertretung religiöser Überzeugungen und ethnischer Minderheiten in gesetzgebenden Körperschaften auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sicherzustellen; stellt fest, dass es Systeme gibt, in denen für religiöse, weltanschauliche oder ethnische

Minderheiten reservierte Sitze im Parlament vorgesehen sind; bedauert, dass in einigen Drittländern solche Mechanismen zwar rechtlich bestehen, in der Praxis jedoch nicht zur Anwendung kommen und eher zur Durchsetzung individueller politischer Interessen als zur wirksamen Vertretung von Gemeinschaften genutzt werden; ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen eine Führungsrolle bei den Bemühungen um eine wirkliche politische Teilhabe der religiösen, weltanschaulichen und ethnischen Gemeinschaften und den Bemühungen um transparente Wahlen übernehmen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 611
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. stellt fest, dass es wichtig ist, die politische Vertretung religiöser Überzeugungen und ethnischer Minderheiten in gesetzgebenden Körperschaften auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sicherzustellen; stellt fest, dass es Systeme gibt, in denen für religiöse, weltanschauliche oder ethnische Minderheiten reservierte Parlamentssitze vorgesehen sind; bedauert, dass in einigen Drittländern solche Mechanismen zwar rechtlich bestehen, in der Praxis jedoch nicht zur Anwendung kommen und eher zur Durchsetzung individueller politischer Interessen als zur wirksamen Vertretung von Gemeinschaften genutzt werden; ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen eine Führungsrolle bei den Bemühungen

um eine wirkliche politische Teilhabe der religiösen, weltanschaulichen und ethnischen Gemeinschaften und den Bemühungen um transparente Wahlen übernehmen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 612
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34b. ist der Auffassung, dass ein friedliches Miteinander zwischen Religionsgemeinschaften im Nahen Osten von entscheidender Bedeutung für die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden ist; bekräftigt, dass durch die Aufrechterhaltung eines friedlichen Miteinanders zwischen Religionsgemeinschaften Spannungen abgebaut, humanitäre Bemühungen und Entwicklungsinitiativen vorangetrieben und gleichzeitig die Grundsteine für einen dauerhaften Frieden gelegt werden; weist erneut darauf hin, dass ein friedliches Miteinander daher von grundlegender Bedeutung für die Stabilität in der Region und für eine friedliche Entwicklung ist;

Or. en

Änderungsantrag 613
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

34b. nimmt mit Besorgnis die weltweite Zunahme des islamischen Fundamentalismus zur Kenntnis; verurteilt aufs Schärfste die Angriffe islamischer Fundamentalisten auf christliche Gemeinschaften weltweit und auf andere Gemeinschaften wie die Hindu-Gemeinschaft in Bangladesch; verurteilt die anhaltende Schändung und absichtliche Verwüstung heiliger und religiöser Stätten weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 614
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34c. nimmt mit tiefer Besorgnis den dramatischen Rückgang christlicher Gemeinschaften im Orient zur Kenntnis, die von den zahlreichen Krisen und Kriegen im Nahen Osten betroffen sind, wobei sich dieser Rückgang aufgrund des derzeitigen Krieges zwischen Israel und Palästina sowie dem Libanon fortsetzen und sogar noch beschleunigen wird; weist darauf hin, dass in den letzten 20 Jahren mehr als die Hälfte der christlichen Bevölkerung im Libanon, im Irak, in Palästina und in Syrien ausgewandert ist; fordert die EU auf, geeignete Maßnahmen zum Schutz alteingesessener Minderheiten zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 615
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag

Ziffer 34 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34c. verurteilt den fortwährenden Antisemitismus und die Aufstachelung zum Hass in von der EU finanziertem Unterrichtsmaterial; fordert die Kommission auf, ihre Finanzierung an Bedingungen zu knüpfen und einen Betrag zurückzustellen, bis dieses Material entfernt worden ist; fordert ferner, dass sämtliches Unterrichtsmaterial, das nicht den UNESCO-Standards für Frieden, Toleranz, Koexistenz und Gewaltlosigkeit entspricht, umgehend aus dem Verkehr gezogen wird;

Or. en

Änderungsantrag 616
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34c. bedauert, dass die Kommission über keine spezifische Strategie zur Bekämpfung der Christenfeindlichkeit verfügt, obwohl das Christentum die am stärksten verfolgte Religion der Welt ist; stellt jedoch fest, dass die Kommission einen Koordinator für die Bekämpfung der Islamfeindlichkeit eingerichtet hat;

Or. en

Änderungsantrag 617
András László

Entschließungsantrag

Ziffer 34 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34d. ist der Ansicht, dass das Amt des Sonderbeauftragten in ähnlicher Weise wie die anderen Sonderbeauftragten und EU-Sonderbeauftragten in den EAD integriert werden sollte; weist darauf hin, dass letztes Jahr der zehnte Jahrestag der Leitlinien der EU zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit begangen wurde; bedauert, dass trotz der in den Leitlinien vorgesehenen Bewertung durch den Rat, die alle drei Jahre erfolgen soll, bisher keine Bewertung der Leitlinien veröffentlicht wurde; fordert den Rat auf, diese Bewertung durchzuführen und die Ergebnisse dem Parlament zu übermitteln; unterstützt uneingeschränkt die Gepflogenheit der EU, dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und der Generalversammlung der Vereinten Nationen themenbezogene Resolutionen zuzuleiten; fordert den EAD und die EU-Delegationen auf, in den Menschenrechtsdialogen mit Partnerländern und in Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen gegebenenfalls allgemeine Fragen und spezifische Fälle im Zusammenhang mit der Verfolgung oder Diskriminierung von weltanschaulichen oder religiösen Minderheiten zur Sprache zu bringen und dabei einen ergebnisorientierten Ansatz zu verfolgen;

Or. en

Änderungsantrag 618
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34e. unterstützt uneingeschränkt das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, das Recht darauf, eine Weltanschauung zu haben oder keiner Weltanschauung anzuhängen, sowie das Recht der Menschen, sich zu ihrer Religion oder Weltanschauung zu bekennen und ihre Religion oder Weltanschauung zu wechseln oder aufzugeben, ohne Gewalt oder Diskriminierung fürchten zu müssen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz dieser Rechte zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 619
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 34 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34f. erkennt den Wert des interkonfessionellen und interreligiösen Dialogs an, der zu einem friedlichen Zusammenleben und gegenseitigem Verständnis verschiedener religiöser, weltanschaulicher und ethnischer Gruppen führt, und bestärkt die EU und die Mitgliedstaaten darin, diesen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 620
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 34 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34g. ist äußerst besorgt über die weltweite Zunahme des Antisemitismus; verurteilt, dass islamische Extremisten andere Religionsgemeinschaften im Nahen Osten und in Afrika bedrohen und angreifen;

Or. en

Änderungsantrag 621
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Recht auf freie Meinungsäußerung, Medienfreiheit und Recht auf Information	Recht auf freie Meinungsäußerung, ***akademische Freiheit,*** Medienfreiheit und Recht auf Information

Or. en

Änderungsantrag 622
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Recht auf akademische Freiheit

Or. en

Änderungsantrag 623
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ***weist darauf hin, dass Demokratien nur funktionieren können, wenn die Bürger Zugang zu unabhängigen und vertrauenswürdigen Informationen haben, was Journalisten zu wichtigen Akteuren beim Schutz der Demokratie macht;*** ist ***daher*** zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; ***ist besorgt darüber, dass Journalisten sowohl im Internet als auch im Alltag Ziel von Hetze sind und dadurch abgeschreckt werden;*** äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;

Or. en

Änderungsantrag 624
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen

florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;

florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden; ***stellt fest, dass mit dem Begriff „Hetze“ eine unverhältnismäßige Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gemeint ist und dass die freie Meinungsäußerung nach der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Grundvoraussetzung für demokratische Gesellschaften ist;***

Or. en

Änderungsantrag 625
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur

Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;	Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden; ***stellt fest, dass nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten im Jahr 2023 78 Journalisten in Konfliktsituationen getötet wurden, während es im Jahr 2022 noch 42 waren, was einem besorgniserregenden Anstieg um 85 % entspricht;***

Or. en

Änderungsantrag 626
Petras Auštrevičius, Urmas Paet, Lucia Yar, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jan-Christoph Oetjen, Barry Andrews, Nathalie Loiseau, Dan Barna

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur***, so genannte Gesetze über ausländische Agenten*** sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und

werden;	Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;

Or. en

Änderungsantrag 627
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten***, insbesondere im Gazastreifen,*** zur Zielscheibe werden;

Or. en

Änderungsantrag 628
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen ***Informationen*** entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen ***und unterschiedlichen Informationsquellen*** entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;

Or. en

Änderungsantrag 629
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um	35. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen entscheidend sind, wenn es darum geht, die Demokratie und einen florierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu erhalten; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt, insbesondere für Journalisten, etwa durch Zensur oder den Zwang zur Selbstzensur sowie den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung oder zur Korruptionsbekämpfung, um

Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden;	Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterdrücken; äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der physischen Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden sowie darüber, dass sie in Konfliktgebieten zur Zielscheibe werden ***und häufig getötet werden***;

Or. en

Änderungsantrag 630
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. bekräftigt sein Engagement für den Schutz und die Förderung der akademischen Freiheit als Schlüsselelement offener und demokratischer Gesellschaften; betont, dass die akademische Freiheit nicht nur von autoritären und totalitären Regimen, sondern auch von extremistischen und populistischen Kräften weltweit angegriffen wird; fordert, Studierende und Akademiker vor Zensur, Verfolgung und Repressalien zu schützen; fordert, Maßstäbe für die akademische Freiheit zu entwickeln und sie in die hochschulinterne Qualitätssicherung aufzunehmen sowie diese bei der Erstellung von Hochschulranglisten und bei akademischen Verfahren und Kriterien zu berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 631
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. ist der Ansicht, dass weitere gezielte Aufstockungen in Bereichen wie der Bekämpfung von Desinformation – die nicht in Zensur oder weitere Desinformation umschlagen darf –, dem Kapazitätsaufbau, der Erweiterung, der Wahlbeobachtung, der nuklearen Sicherheit und der Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 632
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35b. stellt mit Besorgnis fest, dass der so genannte Wokeismus und die daraus resultierende „Cancel Culture“ die Gesellschaft weiter spalten, von einem offenen und freimütigen Diskurs abschrecken, zu einer reduktionistischen Sicht auf die Geschichte führen, Zensur und Geschichtsrevisionismus fördern und die Meinungsfreiheit unweigerlich einschränken;

Or. en

Änderungsantrag 633
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 35 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

35c. bedauert zutiefst die Schändung und absichtliche Verwüstung heiliger und religiöser Stätten; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, alle derartigen Handlungen zu verurteilen und das christliche Erbe zu verteidigen und zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 634
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 35 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35d. nimmt die weltweite Zunahme des Antisemitismus mit Besorgnis zur Kenntnis und verurteilt sie;

Or. en

Änderungsantrag 635
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und demokratische Übergange unterstützen; ist besorgt über den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und	36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und demokratische Übergange unterstützen; ***stellt mit Besorgnis fest, dass der „Wokeismus“ und die daraus resultierende „Cancel Culture“ die Gesellschaft weiter spalten, von einem offenen und freimütigen Diskurs abschrecken, zu einer reduktionistischen Sicht auf die Geschichte führen, Zensur und Geschichtsrevisionismus fördern und***

Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;	***die Meinungsfreiheit unweigerlich einschränken;*** ist besorgt über den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 636
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und demokratische Übergange unterstützen; ist besorgt über den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung	36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und demokratische Übergange unterstützen; ist besorgt über den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung

und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;	und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten; ***fordert die EU auf, die Angriffe auf die Medienfreiheit und die anhaltende und systematische Aushöhlung des Rechts auf Information bei der Überprüfung der Vereinbarkeit von Assoziierungs- und Handelsabkommen mit Demokratie und Menschenrechten zu berücksichtigen;***

Or. en

Änderungsantrag 637
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und demokratische Übergange unterstützen; ist besorgt ***über*** den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;	36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und demokratische Übergange unterstützen; ***betont, dass Faktenprüfern in der Medienlandschaft eine wichtige Funktion zukommt, da sie sicherstellen, dass die Öffentlichkeit den Informationen, die sie erhält, trauen kann; ist besorgt darüber, dass sie dadurch zu wichtigen Angriffszielen für illiberale Regime werden; verurteilt*** den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Medienfreiheit und

des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 638
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. fordert die EU nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und ***demokratische Übergange*** unterstützen; ist besorgt über den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;	36. fordert die EU ***und die Mitgliedstaaten*** nachdrücklich auf, vertrauenswürdige Medien und Informationskanäle zu unterstützen, die die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen fördern und ***einen demokratischen Wandel*** unterstützen***, und weist zugleich auf die Notwendigkeit hin, die Grundsätze des Pluralismus, der Transparenz und der Unabhängigkeit zu wahren***; ist besorgt über den weit verbreiteten Einsatz von SLAPP-Klagen, mit denen Journalisten, Aktivisten, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger weltweit zum Schweigen gebracht werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Richtlinie, mit der Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vor missbräuchlichen Klagen und SLAPP-Klagen geschützt werden sollen; fordert die Gesetzgeber in Drittländern auf, als Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus Rechtsvorschriften mit demselben Ziel auszuarbeiten;

Or. pl

Änderungsantrag 639
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag

Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. begrüßt den Plan der Kommission, im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie Initiativen zur Unterstützung von Journalisten in rechtlichen und praktischen Angelegenheiten, auch außerhalb der EU, zu finanzieren; fordert die EU auf, ihre Bemühungen um die Unterstützung von Journalisten zu verstärken, die weltweit gezielt ins Visier genommen werden; erkennt den Beitrag an, den Programme wie Media4Democracy, das inzwischen nicht mehr in Betrieb ist, und andere von der EU finanzierte Aktivitäten, einschließlich der Aktivitäten des Europäischen Demokratiefonds, zur Erreichung dieses Ziels geleistet haben;	37. begrüßt den Plan der Kommission, im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie Initiativen zur Unterstützung von Journalisten in rechtlichen und praktischen Angelegenheiten, auch außerhalb der EU, zu finanzieren; fordert die EU auf, ihre Bemühungen um die Unterstützung von Journalisten zu verstärken, die weltweit gezielt ins Visier genommen werden***, und weist darauf hin, dass unabhängige Journalisten bei der Bekämpfung von Desinformation, die Demokratien untergräbt, an vorderster Front stehen***; erkennt den Beitrag an, den Programme wie Media4Democracy, das inzwischen nicht mehr in Betrieb ist, und andere von der EU finanzierte Aktivitäten, einschließlich der Aktivitäten des Europäischen Demokratiefonds, zur Erreichung dieses Ziels geleistet haben;

Or. en

Änderungsantrag 640
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. begrüßt den Plan der Kommission, im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie Initiativen zur Unterstützung von Journalisten in rechtlichen und praktischen Angelegenheiten, auch außerhalb der EU, zu finanzieren; fordert die EU auf, ihre Bemühungen um die Unterstützung von Journalisten zu verstärken, die weltweit gezielt ins Visier genommen werden;	37. begrüßt den Plan der Kommission, im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie Initiativen zur Unterstützung von Journalisten in rechtlichen und praktischen Angelegenheiten, auch außerhalb der EU, zu finanzieren; fordert die EU auf, ihre Bemühungen um die Unterstützung von Journalisten zu verstärken, die weltweit gezielt ins Visier genommen werden;

erkennt den Beitrag an, den Programme wie Media4Democracy, das inzwischen nicht mehr in Betrieb ist, und andere von der EU finanzierte Aktivitäten, einschließlich der Aktivitäten des Europäischen Demokratiefonds, zur Erreichung dieses Ziels geleistet haben;	erkennt den Beitrag an, den Programme wie Media4Democracy, das inzwischen nicht mehr in Betrieb ist, und andere von der EU finanzierte Aktivitäten, einschließlich der Aktivitäten des Europäischen Demokratiefonds, zur Erreichung dieses Ziels geleistet haben; ***fordert die EU nachdrücklich auf, dazu beizutragen, dass mehr Menschen in Ländern, in denen die Pressefreiheit eingeschränkt ist, Zugang zu verlässlichen Informationsquellen erhalten;***
	Or. en

Änderungsantrag 641
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. zeigt sich zutiefst erschüttert über alle Fälle, in denen Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes ums Leben kommen, und weist darauf hin, dass die Arbeit von Journalisten trotz der von den Redaktionen eingeführten Vorsichtsmaßnahmen und Schulungen, der Verwendung von Schutzausrüstungen und der Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit weiterhin äußerst gefährlich ist; fordert angesichts von Gefahren wie der Inhaftierung, Entführung und Verschleppung von Journalisten weitere entschlossene Schritte zum Schutz der Pressefreiheit und der Sicherheit von Journalisten, einschließlich einer verstärkten Unterstützung für internationale Organisationen, die sich für den Schutz von Journalisten einsetzen, und einer besonderen Überwachung der Lage in Ländern, in denen die Meinungsfreiheit in Gefahr ist;

Or. pl

Änderungsantrag 642
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. ist weiter zutiefst besorgt über die sich weltweit verschlechternde Lage der Pressefreiheit; verurteilt die Zensur von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die Anwendung so genannter Gesetze über ausländische Agenten sowie anderer legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen, die von autoritären und illiberalen Regimen verhängt werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 643
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. ist weiter zutiefst besorgt über die sich weltweit verschlechternde Lage der Pressefreiheit; verurteilt die Zensur von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die Anwendung so genannter Gesetze über ausländische Agenten sowie anderer legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen, die von autoritären und ***illiberalen*** Regimen verhängt werden;	38. ist weiter zutiefst besorgt über die sich weltweit verschlechternde Lage der Pressefreiheit; verurteilt die Zensur von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die Anwendung so genannter Gesetze über ausländische Agenten sowie anderer legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen, die von autoritären und ***totalitären*** Regimen verhängt werden; ***ist besorgt über die Zunahme von Zensur als Teil der Taktiken und restriktiven Maßnahmen gegen Bürger mit dem Ziel,***

sie zum Schweigen zu bringen; hebt hervor, dass zu diesen Maßnahmen willkürliche Inhaftierungen, Verleumdungskampagnen, Diskriminierung, Einschüchterung oder Gewalt, einschließlich Tötungen, Entführungen sowie willkürlicher Festnahme und Inhaftierung, gehören;

Or. en

Änderungsantrag 644
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre diplomatischen Bemühungen in Bezug auf Zensur, Bedrohungen für bzw. Angriffe auf die akademische Freiheit zu verstärken, da diese schwerwiegende Auswirkungen auf das Recht auf Bildung und die Meinungs- und Redefreiheit haben; begrüßt die Einbeziehung gefährdeter Akademiker in den Mechanismus der EU für Menschenrechtsverteidiger; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass dem Global Campus of Human Rights and Democracy, der Studierenden und Wissenschaftlern, die wegen ihres Einsatzes für Demokratie und Menschenrechte aus ihren Ländern fliehen mussten, einen sicheren Raum bietet, auch künftig hochrangige Unterstützung zuteilwird;

Or. en

Änderungsantrag 645
Marion Maréchal

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38 bis. beklagt die Verbreitung der durch den „Wokeismus“ propagierten Kultur der Auslöschung und Reue in mehreren europäischen Ländern, die unter dem Vorwand der Verteidigung der Rechte von Minderheiten den politischen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet; verurteilt jegliche Zensurbestrebungen aufs Schärfste, die eine immer stärker eingeengte Sichtweise auf die Geschichte, die Kultur und den Menschen zum Ziel haben; bekräftigt sein Bekenntnis zur Meinungsfreiheit und zu den akademischen Freiheiten, einschließlich der Freiheit der Forschung, die derzeit durch die Einschüchterung vonseiten militanter Vertreter der „Cancel Culture“ bedroht wird;

Or. fr

Änderungsantrag 646
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. stellt mit Besorgnis fest, dass mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Regionen lebt, in denen die akademische Freiheit vollständig oder stark eingeschränkt ist, was schwerwiegende Auswirkungen auf das Recht auf Bildung, die Nutzung der Vorteile des wissenschaftlichen Fortschritts, die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung hat; fordert die EU

und ihre Mitgliedstaaten auf, stärker gegen Zensur, Bedrohungen für bzw. Angriffe auf die akademische Freiheit und insbesondere gegen die Inhaftierung von Wissenschaftlern weltweit vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 647
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Rechte der indigenen Völker

Or. en

Änderungsantrag 648
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 29 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	stellt mit Bedauern fest, dass indigene Völker weiterhin weltweit mit weitverbreiteter und systematischer Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert sind, einschließlich Zwangsumsiedlung; verurteilt willkürliche Verhaftungen und die Ermordung von Menschenrechts- und Landverteidigern, die sich für die Rechte indigener Völker einsetzen; hebt hervor, dass die Förderung der Rechte indigener Völker und ihrer Traditionen von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung einer nachhaltigen

	Entwicklung, die Bekämpfung des Klimawandels und die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist; fordert die Regierungen mit Nachdruck auf, Entwicklungs- und Umweltstrategien zu verfolgen, bei denen im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gewahrt werden und die indigene und lokale Bevölkerung einbezogen wird; fordert die Union, die Mitgliedstaaten und ihre Partner in der internationalen Gemeinschaft erneut auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit die Rechte der indigenen Völker, unter anderem im Hinblick auf ihre Sprachen, ihren Grund und Boden, ihre Gebiete und ihre Ressourcen, anerkannt, geschützt und gefördert werden, wie es in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker festgelegt ist; fordert alle Staaten, einschließlich der EU-Mitgliedstaaten, auf, dafür zu sorgen, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften in die Beratungen und Entscheidungsprozesse der internationalen Klimadiplomatie einbezogen werden; fordert die Kommission auf, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen indigenen Völkern und der EU weiterhin zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 649
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären und illiberalen Regimen nicht	39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären und illiberalen Regimen nicht

geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;	geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen; ***ist äußerst beunruhigt über die aktuellen Tendenzen im Zusammenhang mit Wahlen, wie den zunehmenden Rückgang der Wahlbeteiligung und der demokratischen Teilhabe oder die wachsenden Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Wahlen; betont, dass das Misstrauen gegenüber Wahlen nicht nur durch Unregelmäßigkeiten, sondern auch durch öffentliche Äußerungen, einschließlich solcher von Wahlbewerbern, verstärkt werden kann; weist darauf hin, dass die öffentliche Wahrnehmung von Wahlen ebenso wichtig ist wie die Wahlen selbst und dass eine Beeinflussung dieser Wahrnehmung zu schädlicher Polarisierung oder gezielten Angriffen führen kann; fordert Drittländer auf, sich stärker darum zu bemühen, die einzelnen Schritte ihrer jeweiligen Wahlprozesse und -systeme sowie die bestehenden Mechanismen zur Erfüllung der Rechenschaftspflicht bei Unregelmäßigkeiten klar zu kommunizieren; fordert den EAD und die Kommission auf, Initiativen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit KI bei Wahlprozessen zu analysieren und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten;***
	Or. en

Änderungsantrag 650
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in	39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in

autoritären und illiberalen Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;	autoritären und illiberalen Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen; ***betont, dass direkte und indirekte Wahlen allgemeingültig sind und sich nicht auf diskriminierende Kriterien stützen dürfen; fordert, dass sich verstärkt darum bemüht wird, die öffentliche Beteiligung von Minderheiten sicherzustellen; bekräftigt, dass Frauen, junge Menschen und gefährdete Gruppen stärker vertreten sein müssen; stellt fest, dass das Recht auf öffentliche Beteiligung in direktem Zusammenhang mit dem Recht steht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen;***

Or. en

Änderungsantrag 651
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären und illiberalen Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;	39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären und illiberalen Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen; ***hebt mit tiefer Besorgnis die zunehmende Einflussnahme Russlands auf die Wahlen in anderen Ländern mittels hybrider Taktiken hervor, mit denen der Westen destabilisiert werden soll;***

Or. en

Änderungsantrag 652
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. bedauert, dass das Recht auf ***die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären*** und ***illiberalen Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;***	39. bedauert, dass ***sich*** das Recht auf ***freie Meinungsäußerung*** und ***auf Teilnahme am öffentlichen Diskurs verschlechtert***, ***wodurch die Menschenrechte weiter gefährdet werden***;

Or. en

Änderungsantrag 653
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. bedauert, dass das Recht auf ***die Beteiligung*** an freien und fairen Wahlen in autoritären ***und illiberalen*** Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;	39. bedauert, dass das Recht auf ***Teilnahme*** an freien und fairen Wahlen in autoritären Regimen nicht geachtet wird ***und in Staaten, die als demokratisch bezeichnet werden wollen, stark eingeschränkt ist***; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;

Or. pl

Änderungsantrag 654
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären und ***illiberalen*** Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;	39. bedauert, dass das Recht auf die Beteiligung an freien und fairen Wahlen in autoritären und ***totalitären*** Regimen nicht geachtet wird; hebt hervor, dass es diesen Regimen an echtem politischen Wettbewerb und Pluralismus mangelt und dass sie deshalb Scheinwahlen abhalten, um ihre Macht zu festigen;

Or. en

Änderungsantrag 655
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ***ist***; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen ***einiger*** exzessiver ***und*** ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; ***begrüßt die Harmonisierung***, ***die sich aus*** der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***ergibt***, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ***sein könnte***; stellt jedoch fest, dass ***die wesentliche Menschenrechtsklausel in den Handelsabkommen der EU bislang nicht aktiviert wurde; bekräftigt seine Forderung, die wirksame Anwendung der Menschenrechtsklausel in den Handelsabkommen der EU zu verstärken; bedauert, dass*** in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; ***fordert die Umsetzung des Vorschlags der EU-Bürgerbeauftragten betreffend die Einrichtung eines Portals zur Bearbeitung von Beschwerden im Rahmen der handelspolitischen und der Finanzierungsinstrumente der EU und die Anpassung der einzigen Anlaufstelle der Kommission, um eine Einreichung***

Mitgliedstaaten;

von Beschwerden wegen mangelnder Einhaltung von Menschenrechtsklauseln zu ermöglichen, die zugänglich, bürgerfreundlich und transparent sein sollten; fordert die Kommission auf, sich um die Einrichtung eines transparenten, unabhängigen und öffentlichen Beschwerdemechanismus für Menschenrechtsverletzungen bei den Handelspartnern zu bemühen; fordert die Kommission auf, in ihrem Bericht über die gemeinsame Handelspolitik auf die Menschenrechtslage bei den Handelspartnern einzugehen; fordert die Kommission auf, ihre Erwägungen und Beschlüsse hinsichtlich der Durchsetzung von Menschenrechtsklauseln in internationalen Übereinkommen gegenüber dem Parlament besser zu kommunizieren; bedauert die schädlichen Auswirkungen exzessiver ***oder*** ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte***,*** ***Menschenrechtsverteidiger, die Umwelt, den zivilgesellschaftlichen Raum*** und Demokratie; ***bedauert, dass Menschenrechtsverteidiger nicht als betroffene Interessenvertreter benannt wurden, und betont, dass sie für den Erfolg der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung sind, da sie verantwortungsloses unternehmerisches Handeln überwachen und Menschenrechtsverletzungen anprangern; begrüßt die*** Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***im Hinblick auf Nachhaltigkeit***, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält***, und fordert ihre rasche Umsetzung***; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der

	Mitgliedstaaten; ***fordert die EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, bei den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Foren geschlossen darauf hinzuweisen, dass der verbindliche Vertrag über die Sorgfaltspflicht umgesetzt werden muss;***
[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).	[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 656
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Menschenrechte im Rahmen der Handelspolitik, insbesondere des APS+, zu priorisieren und zu fördern;*** stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; ***betont die wesentlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten von Staaten und anderen Akteuren, darunter Unternehmen, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, die damit verbundenen negativen Folgen für die Menschenrechte zu verhindern und eine angemessene Politik im Einklang mit den Menschenrechtsverpflichtungen zu fördern;*** bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und

Mitgliedstaaten;	ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***im Hinblick auf Nachhaltigkeit*** ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten; ***bedauert, dass Menschenrechtsverteidiger nicht als betroffene Interessenvertreter benannt wurden, und betont, dass sie für den Erfolg der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung sind, da sie verantwortungsloses unternehmerisches Handeln überwachen und Menschenrechtsverletzungen anprangern; betont, dass es wichtig ist, über Maßnahmen zu verfügen, die Abhilfe und den Zugang zur Justiz sicherstellen und den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen entsprechen, einschließlich finanzieller und nicht finanzieller Maßnahmen in Absprache mit den Opfern;***
[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).	[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 657
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; ***betont, dass die Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik der EU besser koordiniert werden muss, damit sie vollständig mit den Verpflichtungen der EU in Bezug auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit im Einklang stehen;*** bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; ***stellt fest, dass Handels- und Investitionsabkommen mit dem Globalen Süden, insbesondere im Bereich Rohstoffe, dazu beitragen sollten, die lokale Wirtschaftsentwicklung zu fördern, anstatt die Abhängigkeit und die Rohstoffausbeutung zu verstärken; betont, dass die verbindliche Sorgfaltspflicht für europäische Unternehmen verschärft und die Transparenz der Lieferketten, insbesondere in Branchen mit hohem Risiko, sichergestellt werden muss, damit die Unternehmen im Einklang mit den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte die Menschenrechte bei sämtlichen Produktions- und Lieferstufen achten;*** begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***im Hinblick auf Nachhaltigkeit*** ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf

dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 658
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. ***betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest***, dass ***in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden***; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die ***Harmonisierung, die sich aus der*** Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***ergibt***, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;	40. ***fordert nachdrücklich***, ***neue Arten*** der ***Zusammenarbeit mit Drittländern auf der Grundlage beiderseitiger Entwicklung*** und ***für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zu schaffen, die unmittelbar*** den ***Interessen*** der ***Menschen dienen***; ***ist der Ansicht***, dass ***Handels- und Investitionsschutzabkommen zu einer ungleichen Verteilung des globalen Reichtums beitragen, häufig soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit untergraben sowie bestehende Ungleichheiten vertiefen und von marginalisierten Staaten und Gemeinschaften einen hohen Tribut fordern***; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***im Hinblick auf Nachhaltigkeit***, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält***, und fordert ihre rasche und ambitionierte Umsetzung***

auf Ebene der Mitgliedstaaten; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten; ***betont, dass ein international rechtsverbindliches Instrument geschaffen werden muss, um die Tätigkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Unternehmen im Rahmen der internationalen Menschenrechtsnormen zu regulieren;***

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 659
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; ***begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-,***	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie;

Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;

---

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 660
Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen ***einiger*** exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***im Hinblick auf Nachhaltigkeit*** ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten; ***fordert den Rat auf, ein***

ehrgeiziges Mandat für die EU anzunehmen, damit sie sich an den laufenden Verhandlungen über das rechtsverbindliche Instrument der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte so bald wie möglich beteiligen kann;

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 661
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt***11*** und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***im Hinblick auf Nachhaltigkeit*** ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt und fordert ihre rasche

Mitgliedstaaten;	Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten; ***fordert die EU auf, ihre Bemühungen zur Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit fortzusetzen[1];***

[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 662
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; ***begrüßt die Harmonisierung,*** die ***sich aus der Verabschiedung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht*** von Unternehmen ***ergibt***, ***die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11]*** und ***fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten***;	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger exzessiver und ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Demokratie; ***verweist auf*** die ***Verantwortung*** von Unternehmen***, sicherzustellen***, ***dass ihre Tätigkeiten und Lieferketten nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen, auch nicht gegen Verteidiger der Umwelt, indigener Völker und der Arbeitnehmerrechte; betont, dass gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen vorgegangen und für Gerechtigkeit*** und ***Wiedergutmachung für die Opfer gesorgt werden muss***;

11 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 663
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger ***exzessiver und*** ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte ***und Demokratie; begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung*** der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen ***ergibt***, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;	40. betont, dass der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung und Verbesserung der Menschenrechtslage in den Partnerländern der EU ist; stellt jedoch fest, dass in einigen der betreffenden Länder kaum oder gar keine Verbesserungen erzielt wurden; bedauert die schädlichen Auswirkungen einiger ausbeuterischer Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte***; ist besorgt über die Auswirkung*** der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält***, auf die Wettbewerbsfähigkeit von europäischen Unternehmen auf dem Weltmarkt***; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;
[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem	[11] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem

Unionsmarkt (COM(2022)0453).	Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. de

Änderungsantrag 664
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. betont, dass es wichtig ist, rechtliche und regulatorische Schlupflöcher zu schließen, die von einigen Wirtschaftsunternehmen, darunter von Investoren, auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt ausgenutzt werden; bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für die Arbeit, die in den Vereinten Nationen im Rahmen der OEIGWG geleistet wird, um ein rechtsverbindliches Instrument in Bezug auf Unternehmen und Menschenrechte zu entwickeln, und fordert die EU auf, sich aktiv an den laufenden Verhandlungen zu beteiligen und dabei die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit als Mandat zu nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 665
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. begrüßt die Harmonisierung, die sich aus der Verabschiedung der

Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit ergibt, die verbindliche EU-Vorschriften für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte enthält; begrüßt ferner die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt[11a] und fordert ihre rasche Durchführung auf der Ebene der Mitgliedstaaten;

[11a] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt (COM(2022)0453).

Or. en

Änderungsantrag 666
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40b. fordert den Rat erneut auf, ein Verhandlungsmandat für ein verbindliches Instrument der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte anzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 667
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. ***betont***, dass ***Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU)*** in ***vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030*** und ***zur Verwirklichung*** der ***Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten***, ***insbesondere*** der ***Ziele*** in ***Bezug auf die Beseitigung*** der ***Armut und menschenwürdige Arbeit für alle***;	41. ***lehnt es ab***, dass ***einige Unternehmen unrechtmäßig natürliche Ressourcen ausschöpfen, was nicht nur*** in ***Bezug auf die Nachhaltigkeit und die Umwelt ein großes Problem darstellt***, ***sondern auch schwerwiegende negative Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, bürgerlichen*** und ***politischen Rechte lokaler Gemeinschaften hat***; ***weist darauf hin, dass mit derartigen Geschäftspraktiken das grundlegende Selbstbestimmungsrecht der Völker*** und ***der Grundsatz*** der ***dauerhaften Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen***, ***des dauerhaften Zugangs zu diesen Ressourcen und*** der ***dauerhaften Kontrolle über diese Ressourcen, die*** in ***der Resolution 1803 (XVII) der Generalversammlung*** der ***Vereinten Nationen verankert sind, verletzt werden***;
	Or. en

Änderungsantrag 668
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, ***wie wichtig der Beitrag ist, den*** KKMU ***zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele*** für ***nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf*** die Beseitigung der	41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, ***dass*** KKMU für die Beseitigung der Armut und ***für die Schaffung menschenwürdiger*** Arbeit für alle ***von großer Bedeutung sind***;

Armut und ***menschenwürdige*** Arbeit für alle;

Or. en

Änderungsantrag 669
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur ***Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die*** Beseitigung der Armut und ***menschenwürdige Arbeit für alle***;	41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Beseitigung der Armut und ***zur Beschäftigung von Frauen überall in der Welt leisten***;

Or. de

Änderungsantrag 670
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk, Jan-Christoph Oetjen

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis	41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind ***und zunehmend von Frauen geleitet werden***; hebt hervor, dass weltweit 90 %

70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die Beseitigung der Armut und menschenwürdige Arbeit für alle;

der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die Beseitigung der Armut und menschenwürdige Arbeit für alle;

Or. en

Änderungsantrag 671
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die Beseitigung der Armut und menschenwürdige ***Arbeit*** für alle;	41. betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals Motor der lokalen Wirtschaft sind; hebt hervor, dass weltweit 90 % der Unternehmen KKMU sind und dass 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des Bruttoinlandsprodukts auf sie entfallen; betont, wie wichtig der Beitrag ist, den KKMU zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten, insbesondere der Ziele in Bezug auf die Beseitigung der Armut und menschenwürdige ***Arbeitsbedingungen*** für alle;

Or. en

Änderungsantrag 672
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, zu fordern und sicherzustellen, dass das Recht auf freie, vorherige, in Kenntnis der Sachlage erfolgende und verbindliche Zustimmung der indigenen Völker bei allen EU-Abkommen oder -Entwicklungsprojekten, sowie bei allen Aktivitäten von Unternehmen mit Sitz in der EU, die sich auf das Land, die Gebiete oder den natürlichen Reichtum indigener Völker auswirken können, gewahrt wird; besteht darauf, das indigene Rechte, insbesondere das Recht auf freie, vorherige, in Kenntnis der Sachlage erfolgende und verbindliche Zustimmung, in einschlägigen branchenspezifischen Rechtsvorschriften der EU gewahrt werden, auch was kritische Rohstoffe betrifft; hebt hervor, dass die Förderung der Rechte indigener Völker und ihrer Traditionen von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung, die Bekämpfung des Klimawandels und die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist;

Or. en

Änderungsantrag 673
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	41a. weist erneut darauf hin, dass Unternehmen dafür verantwortlich sind, dass weder sie noch ihre Lieferkette im Rahmen ihrer Tätigkeiten an Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Verletzung von

Umweltrechten, Rechten indigener Völker und Arbeitnehmerrechten, sowie an Bedrohungen von Menschenrechtsverteidigern und Angriffen auf diese beteiligt sind, betont die wesentlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten von Staaten und anderen Entscheidungsträgern, darunter Unternehmen, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, die damit verbundenen negativen Folgen für die Menschenrechte zu verhindern und eine angemessene Politik im Einklang mit den Menschenrechtsverpflichtungen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 674
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; ***hebt hervor, dass für neue und aufstrebende Technologien eine Überwachung, ausgeprägte Transparenz und angemessene Sicherungsmaßnahmen sowie ein auf den Menschenrechten basierender Ansatz erforderlich sind;*** begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz,

der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie***[12]***;

mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; ***begrüßt die Annahme des Globalen Digitalpakts und betont, dass zugängliche und erschwingliche Daten sowie digitale Technologien und Dienste notwendig sind;*** weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12]; ***verurteilt den Einsatz neuer und aufstrebender Technologien, wie Gesichtserkennungstechnologie und digitale Überwachung, um Zwang auszuüben und Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, Journalisten und Anwälte zunehmend zu schikanieren, einzuschüchtern und zu verfolgen;***

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. en

Änderungsantrag 675
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; ***begrüßt*** in diesem Zusammenhang ***die*** Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12] ;	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; ***nimmt*** in diesem Zusammenhang ***Kenntnis von der*** Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“, auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12] ; ***betont, dass die Meinungsfreiheit und die freie Meinungsäußerung für das Funktionieren von Demokratien von wesentlicher Bedeutung sind und nicht aus politisch motivierten Gründen unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Desinformation eingeschränkt werden dürfen; plädiert dafür, dass Gesetze zur Bekämpfung von Desinformation klar definiert sind und dass die Behörden die sie einhalten, unabhängig und rechenschaftspflichtig sind;***
[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die	[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die

Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. de

Änderungsantrag 676
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12]; ***nimmt mit Besorgnis die rasche Entwicklung von KI in militärischen Anwendungen sowie die mögliche Entwicklung und den möglichen Einsatz***

autonomer Systeme zur Kenntnis, die ohne menschliches Eingreifen Entscheidungen über Leben und Tod treffen könnten; fordert umgehend, einen internationalen Dialog aufzunehmen und Rechtsvorschriften zu verabschieden, die eine strenge Regulierung dieser Bedrohungen zum Ziel haben;

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. en

Änderungsantrag 677
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI

zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];

zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12]; ***fordert, die Firma NSO und andere private Unternehmen, die Technologie anbieten oder deren Nutzung fördern, mit der die Verfolgung der Zivilgesellschaft, von Journalisten, Anwälten und sozialen Bewegungen ermöglicht wird, in die weltweite Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte aufzunehmen;***

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. en

Änderungsantrag 678
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie

nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann;*** weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. en

Änderungsantrag 679
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI)	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI)

für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin des globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; ***ist zutiefst besorgt über die schädlichen Folgen der missbräuchlichen Verwendung von KI und Deepfakes, insbesondere für Frauen und Kinder;*** weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];

[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. en

Änderungsantrag 680
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin ***des*** globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];	42. ist besorgt angesichts der Bedrohung, die künstliche Intelligenz (KI) für Demokratien und die Menschenrechte darstellen kann, insbesondere wenn sie nicht ordnungsgemäß geregelt ist; begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Diplomatie vom 26. Juni 2023, mit der die Bedeutung und die Führungsrolle der EU für die digitale Weltordnungspolitik gestärkt werden sollen, insbesondere ihre Stellung als Gestalterin ***eines auf demokratischen Grundsätzen basierenden*** globalen digitalen Regelwerks; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des EU-Gesetzes über künstliche Intelligenz, mit dem die Rechtsvorschriften über KI zum Schutz der Menschenrechte harmonisiert werden sollen, sowie den Nutzen, den KI für das menschliche Wohlergehen haben kann; weist mit Besorgnis auf die negativen Auswirkungen der „Industrie der gefälschten Inhalte“ auf das Recht auf Information und die Pressefreiheit hin, einschließlich der rasanten Entwicklung im Bereich der KI und des daraus resultierenden weiteren Erstarkens der Desinformationsindustrie[12];
[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.	[12] Reporter ohne Grenzen: „2023 World Press Freedom Index – journalism threatened by fake content industry“ (Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Bedrohung des Journalismus durch die Industrie der gefälschten Inhalte) https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry.

Or. en

Änderungsantrag 681
Lucia Yar, Barry Andrews, Dan Barna, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. betont, dass die Medienfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Menschenrechte sind, stellt jedoch mit Besorgnis fest, dass Desinformation, Propaganda und Falschmeldungen, die von illiberalen Regimen und böswilligen ausländischen Akteuren ausgehen und verbreitet werden, immer häufiger vorkommen und beispielhaft für hybride Bedrohungen und Informationsmanipulation aus dem Ausland sind;

Or. en

Änderungsantrag 682
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische	43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische

Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen;	Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen; ***ist zutiefst besorgt darüber, dass sich weltweit die Tendenz abzeichnet, die freie Meinungsäußerung im Internet zu zensieren, um die öffentliche Meinung zu kontrollieren; prangert an, dass es in Brasilien in jüngster Zeit zu Zensur und Angriffen auf die Meinungsfreiheit gekommen ist, wozu auch die Schließung etablierter Plattformen für soziale Medien wie X gehört;***

Or. en

Änderungsantrag 683
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen;	43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen; ***fordert die EU auf, entschlossen gegen sämtliche Bemühungen von Technologieriesen zur Umgehung oder Untergrabung nationaler Rechtssysteme und unabhängiger***

Gerichtsentscheidungen vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 684
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen;	43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, ***soweit möglich*** auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig unter anderem von autoritären Regimen genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die EU nachdrücklich auf, gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen ***und unter anderem in Erwägung zu ziehen, es in der EU ansässigen Kommunikationsanbietern zu ermöglichen, Personen, denen der Zugang zum Internet verwehrt wird, sichere Instrumente anzubieten***;

Or. sv

Änderungsantrag 685
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig ***unter anderem von autoritären Regimen*** genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die ***EU*** nachdrücklich auf, ***gegen dieses alarmierende Phänomen vorzugehen***;	43. betont, dass das Internet ein Ort sein sollte, an dem Meinungsfreiheit herrscht; ist jedoch der Auffassung, dass auch die Rechte des bzw. der Einzelnen geachtet werden müssen; ist der Ansicht, dass das, was offline als rechtswidrig erachtet wird, auch online als rechtswidrig erachtet werden sollte; ist besorgt über die zunehmende Zahl von Internetabschaltungen; betont, dass Internetabschaltungen häufig genutzt werden, um Regimekritiker zum Schweigen zu bringen und die politische Freiheit einzuschränken; fordert die ***Kommission*** nachdrücklich auf, ***diese Angriffe auf die freie Meinungsäußerung in ihren Rechtsstaatlichkeitsberichten zu thematisieren***;

Or. de

Änderungsantrag 686
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	43a. vertritt den festen Standpunkt, dass die Ausfuhr von Spähsoftware aus der Union in Drittländer, in denen solche Instrumente gegen Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Regierungskritiker eingesetzt werden, einen schweren Verstoß gegen die in der Charta verankerten Grundrechte und eine eklatante Verletzung der Ausfuhrbestimmungen der Union darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 687
Lucia Yar, Barry Andrews, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	43a. fordert Online-Plattformen und Technologieriesen auf, in ihrer Eigenschaft als Gatekeeper für Informationen die demokratischen Grundsätze zu schützen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Integrität von Wahlen und das Recht auf Information zu schützen, insbesondere in der Zeit von Wahlen;

Or. en